

Gewerkschaft NGG fordert Stopp des Missbrauchs von Werkverträgen in der Fleischbranche

Freitag der 13. – Miserable Zustände nicht nur bei Tönnies

Hamburg, 12. September 2019

Immer wieder berichten die Medien über die miserablen Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen Deutschlands und die Wohnsituation von Werkvertragsbeschäftigten. Das gilt auch für den Branchenriesen Tönnies. Das jüngste Beispiel findet sich im zweitgrößten Schlachthof des Konzerns – in Weißenfels in Sachsen-Anhalt. Angesichts dessen hat Freddy Adjan, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), die Forderung seiner Organisation wiederholt, jetzt endlich den Missbrauch von Werkverträgen zu stoppen.

Freddy Adjan: „Der Tönnies-Konzern ist europaweit führend in der Schlachtung von Schweinen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten arbeitet in Subunternehmen mit Werkverträgen. Man sollte meinen, dass Tönnies ein besonderes Interesse daran hat, nicht negativ in die Schlagzeilen zu geraten.“ Tatsächlich bemühe sich der Konzern öffentlich um Schadensbegrenzung. Seine Medienanwälte streiten sich vor Gericht mit dem Verein „arbeitsunrecht.de“ aber lediglich um Worte. Besser wäre es, so Adjan, wenn sich Tönnies der Probleme annehmen würde, die immer wieder von Beschäftigten in die Öffentlichkeit getragen werden: miese Arbeitsbedingungen, horrende Mieten für Unterkünfte, deren Preise mit Top-Wohnlagen in Großstädten konkurrieren könnten, Gewalt und Unterdrückung.

„Ständige Dementis verändern die Lage der Beschäftigten genauso wenig wie eine freiwillige Selbstverpflichtung*, die dafür sorgen soll, dass Löhne nach dem Mindestlohnstandard gezahlt werden. Nur eine Änderung des Systems der Werkverträge stoppt auch die Unterdrückung der Beschäftigten. Werkverträge gehören in den Kernarbeitsprozessen unternehmerischen Handelns verboten. Andere Unternehmen der Fleischbranche haben das schon länger erkannt und versuchen, andere Wege zu gehen“, sagt Adjan.

Die Aktion „Freitag der 13.“ von arbeitsunrecht.de weist morgen, am 13. September 2019, öffentlichkeitswirksam auf diese Missstände hin und informiert Kundinnen und Kunden, die von Billigfleisch und Dumpingpreisen profitieren. Beides sei in Deutschland nur mit dem Missbrauch von Werkverträgen und der Ausbeutung von ausländischen Beschäftigten möglich.

* Die freiwillige Selbstverpflichtung zur Einhaltung sozialer Standards in der Fleischwirtschaft gilt seit Oktober 2015. Nur 23 Unternehmen erkennen sie an. Nur knapp die Hälfte der Beschäftigten unterliegt diesem Kodex. Die NGG hat sie für gescheitert erklärt:

www.ngg.net/pressemitteilungen/2018/3-quartal/rosenberger-freiwillige-selbstverpflichtung-ist-gescheitert/